

Dr. Tobias Krohmer

Von: Koob Markus <markus.koob@bundestag.de>
Gesendet: Donnerstag, 1. Oktober 2020 16:22
An: Dr. Tobias Krohmer
Betreff: AW: Übermittlung eines Briefes zu Moria

Sehr geehrter Herr Dr. Krohmer,

ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre E-Mail zur aktuellen Situation in Moria, die mir die Gelegenheit gibt, meinen Standpunkt zu erläutern.

Auch mich und meine Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion machen die Geschehnisse in Moria traurig und bestürzt. Die Bilder, die uns täglich aus Lesbos erreichten, sind nur schwer erträglich, denn die Lebensbedingungen werden dem humanitären Anspruch, den wir in der Europäischen Union an uns zurecht stellen, nicht gerecht. Als Abgeordnete leiten uns in dieser überaus schwierigen Lage vor allem zwei Grundüberzeugungen: Humanität und Ordnung. Geordnete Verfahren sowie ein geregelter Zugang zu unseren Asylsystemen sind die Voraussetzung, dass Europa auch in Zukunft in der Lage ist, humanitäre Aufnahmen in einem Umfang zu leisten, welche die Mitgliedstaaten bewältigen können und nicht überfordern. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen verstärkt werden, diejenigen in ihre Herkunftsländer zurückzuführen, die keinen Anspruch auf Schutz in Europa haben.

In den kommenden Jahren gilt es, Wege der legalen Zuwanderung beispielsweise in Form von Ausbildungs- und Studienplätzen oder über Arbeitsmigration weiter zu stärken. Ein entsprechendes Zuwanderungsgesetz wurde deshalb bereits beschlossen. Das Recht auf Schutz vor Krieg und (politischer) Verfolgung muss aber auf die Menschen beschränkt bleiben, die hierauf auch wirklich einen Anspruch haben. Allen anderen muss dennoch selbstverständlich vor Ort geholfen werden.

Die Bundesregierung ist insbesondere vor diesem Hintergrund bereits seit Jahren intensiv bemüht, unsere griechischen Partner zu unterstützen, damit die Unterbringung von Schutzsuchenden menschenwürdigen Bedingungen entspricht und die Asylverfahren schnell und angemessen durchgeführt werden. Dazu gehören neben personeller, technischer und finanzieller Unterstützung der Verwaltungsstrukturen, insbesondere im Asylbereich, auch die Lieferung diverser angeforderter Sachleistungen. Erst im Frühjahr 2020 wurde zweimal der ECHO-Zivilschutzmechanismus (EUCPM) durch Griechenland aktiviert und deshalb Container zur medizinischen und sanitären Versorgung sowie Unterkunftsmaterialien durch Mitgliedstaaten der EU geliefert. Bereits im Dezember 2019 waren deutsche Hilfsgüter im Wert von 1,56 Mio. Euro nach Athen geliefert worden und Deutschland leistete schon im März 2020

im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens Soforthilfe mit Hilfsgütern im Wert von weiteren 2,4 Mio. Euro (u. a. Winterzelte und Feldbetten).

In Reaktion auf die Bitte Griechenlands um Hilfsgüter unmittelbar nach dem Brand auf Lesbos hat Deutschland unverzüglich Schritte in die Wege geleitet, um den Bedarf mit abzudecken. Das THW hat in der Nacht vom 10. September auf den 11. September 2020 Material zusammengeführt und dieses mit einem ersten Konvoi nach Griechenland transportiert. Dabei handelt es sich um ca. 1.400 Feldbetten, 78 Zelte, 400 Schlafsäcke und Iso-Matten, die am Morgen des 15. September 2020 in Athen eingetroffen sind. Am 14. September 2020 ist ein zweiter THW-Konvoi mit 6.000 Schlafsäcken, 2.000 Decken, 2.160 Iso-Matten Richtung Griechenland aufgebrochen. Ein dritter THW-Konvoi ist seit dem Morgen des 16. September 2020 mit 450 Familienzeltten, 2 Sanitärcontainern und 5.500 Schlafsäcken auf dem Weg. Ein vierter THW-Konvoi wird in wenigen Tagen mit weiteren 500 Decken, 3.500 Schlafsäcken, 1.000 Faltkanistern, 1.000 Gewebepflanen und 2 Sanitärcontainern nach Griechenland aufbrechen. Zudem ist der Transport von 10.000 Koch-Sets und 48 Waschtischen vorgesehen. Zusätzlich werden 20 Sanitärcontainer vom THW über eine Spedition nach Griechenland verbracht, die dort voraussichtlich ab dem 26. September 2020 eintreffen werden. Zudem stellt das THW 295 große Müllbehälter zur Verfügung, die in Kürze in Athen eintreffen werden.

Aber auch andere europäische Staaten ließen Griechenland Hilfe bei der Versorgung der Migranten und Flüchtlinge zukommen. So wurden Griechenland seit 2015 insgesamt EU-Mittel in Höhe von 2,64 Mrd. Euro für den Bereich Migrationsmanagement zur Verfügung gestellt. Die europäischen Staaten inklusive Griechenland hatten Verbesserungen vorgenommen. Zudem hat Griechenland allein in diesem Jahr knapp 25.000 Menschen auf das griechische Festland gebracht. Im März lebten noch 20.000 Migranten in Moria, im September „nur“ noch 12.500. Die Verhältnisse wurden also durchaus verbessert. Aber ja, auch wir hätten noch mehr tun müssen, um die Lage auf den griechischen Inseln massiv zu verbessern. Diese Herstellung zufriedenstellender und lebenswürdiger Zustände des dann neuen Lagers wird nun durch Deutschland, die anderen EU-Staaten und EU-Kommission nachgeholt werden. Ich bin überzeugt, dass sich nicht allein in Deutschland, sondern auch auf Lesbos und den anderen griechischen Inseln sehr zeitnah menschenwürdige Zustände herstellen lassen.

Auch die Aufnahme von Schutzsuchenden nach Deutschland ist ständiger und wesentlicher Bestandteil der Unterstützung unserer griechischen Partner. So hat Bundesinnenminister Seehofer in Umsetzung des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 8. März 2020 entschieden, im Rahmen einer Europäischen Initiative 53 unbegleitete Minderjährige und 243 behandlungsbedürftige Kinder nebst ihrer Kernfamilie nach Deutschland zu holen. Zwischenzeitlich sind davon 125 Kinder und 396 Familienangehörige sowie die unbegleiteten Minderjährigen eingereist.

Nach den schweren Bränden in der Unterkunft für Asylsuchende auf der Insel Lesbos, hat die Bundesregierung am 15. September beschlossen, einen Beitrag zur Linderung der humanitären Notlage zu leisten und der griechischen Regierung anzubieten, 408 Familien mit insgesamt 1.553 Personen nach Deutschland zu überstellen. Dabei handelt es sich sämtlich um Personen, die in Griechenland bereits als schutzbedürftig anerkannt waren und trotzdem noch in der Aufnahmeeinrichtung in Moria leben mussten. Des Weiteren hat Horst Seehofer bereits die unmittelbare Aufnahme von bis zu 150 der rund 400 unbegleiteten Minderjährigen von der Insel Lesbos zugesagt. Der Großteil der unbegleiteten Minderjährigen würden von Frankreich und Deutschland aufgenommen.

Die Bundesregierung hat angesichts der drängenden humanitären Lage auf den griechischen Inseln entschieden, das Angebot zur Aufnahme von 408 Familien mit insgesamt 1.553 Personen zu unterbreiten, bevor eine gesamteuropäische Lösung für weitere Asylsuchende gefunden wird. Sollte sich in den kommenden Tagen und Wochen eine solche Antwort unserer europäischen Partnerinnen und Partner abzeichnen, wird sich Deutschland auch hieran in einem seiner Größe und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angemessenen Rahmen beteiligen.

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass die Europäische Kommission angekündigt hat, den von ihr schon lange geplanten Migrationspakt, der erst kürzlich vorgestellt wurde, in den kommenden Wochen in den Mitgliedsstaaten der EU intensiv zu diskutieren. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird sich während der laufenden EU-Präsidentschaft aber auch danach in den Verhandlungen mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass sich die Mitgliedstaaten der EU auf eine Reform des Europäischen Asylsystems einigen, die den enormen Anforderungen gerecht wird und auch verhindert, dass die EU-Staaten an der Außengrenze überfordert werden. In den Augen meiner Bundestagsfraktion muss eine gemeinsame EU-Migrationspolitik diese vier Kriterien erfüllen, um einen europäischen Mehrwert zu schaffen:

1. Die EU braucht einen gemeinsamen, wirksamen Außengrenzschutz.
2. Asylgesuche müssen durchweg bereits an der europäischen Außengrenze gestellt und geprüft werden. Bei Nichtschutzbedürftigen muss eine Zurückweisung bzw. Rückführung direkt von dort aus erfolgen.
3. Sekundärmigration muss innerhalb Europas mit wirksamen Maßnahmen unterbunden werden. Mitgliedstaaten, die einmal für Bewerber zuständig geworden sind, müssen hierfür dauerhaft zuständig bleiben. Anspruch auf Sozialleistungen darf es dann nur in diesen Staaten geben.
4. Jeder EU-Staat muss seiner Verantwortung gerecht werden und einen angemessenen Beitrag in Bezug auf die Verteilung bzw. Versorgung der Schutzbedürftigen leisten.

Erlauben Sie mir zum Abschluss meiner Antwort noch einen kurzen Hinweis auf die Initiative der aufnahmewilligen Länder und Kommunen, die Sie in Ihrem Schreiben angesprochen haben. Sobald der Bund diesen Kommunen erlaubt, Migranten und Flüchtlinge aufzunehmen, müsste er es anderen Kommunen ebenso erlauben, sich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten auszusprechen. Dies hat er auf Wunsch von einigen Kommunen 2015 nicht getan, was damals allseits begrüßt wurde. Um auch in Zukunft eine möglichst kohärente Politik im Bereich der humanitären Aufnahme zu gewährleisten und Nachteile für das Gemeinwesen in der Bundesrepublik insgesamt zu verhindern, versagt er auch heute das eigenständige Handeln durch die Kommunen. Es handelt sich zurecht um eine ausschließliche Bundeskompetenz.

Ich unterstütze den Weg der Bundesregierung als Mittelweg aus selbstverständlich humanitärem und notwendigerweise regelbasiertem Handeln. Gerne bin ich auch zu einem persönlichen Gespräch bereit. Sollten Sie dieses begrüßen, wenden Sie sich zwecks Terminabstimmung bitte einfach an mein Berliner Bundestagsbüro.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Koob



Deutscher Bundestag

Markus Koob
Mitglied des Deutschen Bundestages
für Hochtaunus/Oberlahn

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon +49 30 227 75549
Telefax +49 30 227 76549

E-Mail: markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Von: Dr. Tobias Krohmer [mailto:tobias.krohmer.dek.hochtaunus@ekhn-net.de]

Gesendet: Freitag, 18. September 2020 11:26

An: Koob Markus <markus.koob@bundestag.de>

Betreff: Übermittlung eines Briefes zu Moria

Sehr geehrter Herr Koob,

als Moderator und Koordinator des AK Flüchtlinge im Hochtaunus übersende ich Ihnen den anliegenden Brief, mit dem sich Engagierte und Aktive aus der Arbeit mit Geflüchteten an Sie wenden hinsichtlich der Situation in Moria.

Für eine Stellungnahme Ihrerseits wären die Unterzeichnende sehr dankbar.

Der Brief wird auch auf der [Internetseite des AK Flüchtlinge](#) veröffentlicht. Eine Stellungnahme Ihrerseits würde das gleichfalls, Ihr Einverständnis damit vorausgesetzt.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Mit freundlichen Grüßen
Tobias Krohmer



Dr. Tobias Krohmer

Referent für Gesellschaftliche Verantwortung

Heuchelheimer Straße 20
61348 Bad Homburg

Telefon: 06172 3088-69

Telefax: 06172 3088-66

tobias.krohmer@ekhn.de

